



Susanne Schneider

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Landtag NRW • Susanne Schneider • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Platz des Landtags 1

D-40221 Düsseldorf

Telefon: (0211) 884-4458

Fax: (0211) 884-3658

E-Mail: susanne.schneider-mdl
@landtag.nrw.de

Geschäftszeichen:

Düsseldorf, 07.05.2014

Pressemitteilung

Schneider: Santehanser verdreht Tatsachen

Bezugnehmend auf die Stellungnahme der Schwerter SPD-Bürgermeisterkandidatin Britta Santehanser zur Schulsozialarbeit erklärt die heimische FDP-Landtagsabgeordnete Susanne Schneider:

Frau Santehanser scheint sich im falschen Film zu befinden. Zunächst beklagt sie sich, es würden für das Problem, das die Schulsozialarbeit nicht weiterfinanzierbar sei, ‚immer nur andere‘ verantwortlich gemacht. Gleich darauf fordert Frau Santehanser aber, dass (allein) der Bund die zusätzliche Schulsozialarbeit weiter finanzieren möge. Dabei lässt sie offensichtlich komplett außer Acht, dass bisherige Mittel für Schulsozialarbeit vom Land NRW, seit jeher zuständig für die Personalausstattung unserer Schulen, kommen. Meine FDP-Fraktion im Landtag hat auf diesen Missstand schon seit Längerem hingewiesen und wirbt für eine rasche Lösung im Sinne der angestellten Schulsozialarbeiter und ganz besonders im Sinne unserer Schülerinnen und Schüler. Es zeigt sich nicht nur bei uns in Schwerte, sondern im gesamten Land, wie wichtig Schulsozialarbeit ist.

Natürlich würden wir uns alle darüber freuen, wenn die große Koalition im Bund beispielsweise auf das Rentenpaket in Höhe von 160 Milliarden Euro zugunsten der Schulsozialarbeit, die im Kreis Unna mit etwa 2 Millionen Euro zu Buche schlägt, verzichten würde. Wenn Frau Santehanser aber wirklich an einer Lösung der Finanzierungsproblematik interessiert ist, könnte sie sich gleichermaßen bei der rot-grünen Landesregierung für entsprechende Kompensationsmittel einsetzen. Dass der Kreis Unna, als schwächstes Glied in der Kette, nun gezwungen ist, Kurs Richtung kompletter Überschuldung einzuschlagen, um die wichtige Schulsozialarbeit weiter stemmen zu können, ist Ausdruck politischen Versagens von Bund und Land gleichermaßen. Trotzdem war es richtig, dass der Kreistag gestern einen Entschluss gefasst hat, der auch von der FDP-Kreistagsfraktion mitgetragen wurde, Überbrückungsmittel für ein Jahr zur Verfügung zu stellen, damit diese

wichtige Arbeit fortgesetzt werden kann und unsere Schulen Planungssicherheit haben.